

Faktenblatt

«Für eine soziale Klimapolitik - steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)»

Worum geht es?

Die Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik - steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» der Jungsozialisten (Juso), schlägt die Einführung einer Bundessteuer von 50% auf Erbschaften und Schenkungen über 50 Millionen Franken vor. Die Einnahmen sollen zur Finanzierung des ökologischen Wandels und sozialer Massnahmen verwendet werden. Die Initiative sieht vor, dass Massnahmen zur «Verhinderung von Steuervermeidung» getroffen werden müssen, insbesondere im Hinblick auf Wegzüge aus der Schweiz. Vorgesehen ist eine Rückwirkungsklausel, damit diese neue Steuer auch auf Erbschaften und Schenkungen angewendet werden kann, die zwischen der Annahme in der Volksabstimmung und dem tatsächlichen Inkrafttreten der Initiative durch den Bundesrat erfolgen.

Das sagt das Initiativkomitee

Profiteure zur Kasse bitten

Mit der Initiative will die Juso diejenigen zur Kasse bitten, die unseren Planeten in die Katastrophe führen: die Superreichen. Die Klimakrise ist das Ergebnis eines Wirtschaftssystems, das in erster Linie den Reichsten nützt, und ihr Profitstreben gefährdet die natürlichen Ressourcen, die wir zum Leben brauchen. Die Zukunftsinitiative sorgt dafür, dass ihre Profite zur Finanzierung der dringend benötigten sozialen Klimapolitik verwendet werden.

Geld für den Klimaschutz

Es gibt viele innovative, seriöse und umfassende Vorschläge für Modelle der Klimapolitik. Die Initiative macht somit viele sinnvolle Massnahmen zur effektiven Bekämpfung der Klimakrise möglich. Die Initiative würde jährlich rund 6 Milliarden einbringen, die für die ökologische und soziale Entwicklung der gesamten Wirtschaft verwendet werden.

Klimagerechtigkeit für die 99%

Die Zukunftsinitiative stellt die Klimagerechtigkeit in den Mittelpunkt und fordert eine soziale Klimapolitik. Dank dieser Initiative werden nicht mehr die 99%, sondern die reichsten 1% für die Klimakrise bezahlen müssen.

Umweltfreundlich wohnen, arbeiten und leben

Bei der Bekämpfung der Klimakrise geht es nicht nur darum, Solaranlagen zu installieren. Wir müssen unsere gesamte Wirtschaft umgestalten. Eine solche Transformation erfordert viele verschiedene Massnahmen, die von der Entwicklung gemeinsamer Räume oder der Stärkung emissionsarmer Fortbewegungsarten bis hin zur ökologischen Transformation ganzer Wirtschaftssektoren reichen. Die Zukunftsinitiative gibt den nötigen Anstoss, um diese Transformation voranzutreiben

Das sagen die Gegner

Schwerwiegende Auswirkungen für Familienunternehmen

Etwa 75% der Schweizer Unternehmen sind Familienunternehmen (dies entspricht etwa 375'000 KMU-Betrieben und 1,6 Mio. Arbeitsplätze). Fast die Hälfte dieser Unternehmen plant in der Regel eine Nachfolge innerhalb der Familie. Die Einführung einer Steuer von 50% auf Erbschaften und Schenkungen von mehr als 50 Mio. Franken würde vor allem mittlere und grosse Familienunternehmen treffen. Diese Familienunternehmen könnten gezwungen sein, ihr Unternehmen zu verkaufen oder abzuwickeln, um diese Steuer zu bezahlen. Dies würde eine wesentliche Säule der Schweizer Wirtschaft gefährden.

Hohe Steuerausfälle und Kapitalflucht

Die Initiative würde zu steuerlichen Mindereinnahmen für Bund, Kantone und Gemeinden führen und vermögende Steuerzahler dazu veranlassen, die Schweiz zu verlassen. Gemäss Schätzungen würde die Annahme der Initiative zu einem Verlust von 77 bis 93 Prozent des betroffenen Steuersubstrats und zu Mindereinnahmen von bis zu 3,7 Milliarden Franken führen (Einkommens-, Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern).¹ Zudem zeigen Schätzungen auf Basis eines Gutachtens, dass bis zu 98 Prozent des Steuersubstrats der Superreichen aus der Schweiz abwandern könnte. Die Initiative würde somit Steuereinnahmen von nur 100 bis 650 Millionen CHF einbringen – weit weniger als die von den Initianten angenommenen 4 bis 6 Milliarden Franken.²

Eingriff in die Steuerkompetenz der Kantone und Einschränkung ihrer Finanzautonomie

Eine neue Erbschafts- und Schenkungssteuer auf Bundesebene würde in die Finanzautonomie der Kantone eingreifen und ihre Finanzautonomie stark einschränken. Erbschafts- und Schenkungssteuern fallen in die Zuständigkeit der Kantone. Eine Bundessteuer auf Erbschaften wäre entgegen den Grundsätzen des Föderalismus, würde das Schweizer Steuersystem destabilisieren und die Schweiz im internationalen Wettbewerb erheblich benachteiligen.

Ein Vorwand, um eine Steuer einzuführen, die an der Urne bereits abgelehnt wurde

Das Schweizer Volk hat bereits einmal über eine eidgenössische Erbschaftssteuer abgestimmt. Es handelte sich um die Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)» der SP, die am 14. Juni 2015 von 71 % der Stimmberechtigten und allen Kantonen abgelehnt wurde. Die Initiative der Juso ist eine überarbeitete Kopie dieser Initiative von 2015. Das Klima oder die AHV sind nur Vorwände, um eine zusätzliche Erbschaftssteuer einzuführen.

Empfehlungen

National- und Ständerat sowie die Mitte-Fraktion empfehlen, die Volksinitiative abzulehnen.

Der Nationalrat lehnt die Volksinitiative mit 132 zu 57 Stimmen bei 8 Enthaltungen ab. Der Ständerat lehnt die Volksinitiative mit 36 zu 7 Stimmen ohne Enthaltungen ab. Die Mitte-Fraktion lehnt die Volksinitiative mit 44 zu 0 Stimmen ohne Enthaltungen ab.

Parole

Die Delegierten der Mitte Schweiz fassten am 28. Juni 2025 mit 324 zu 1 bei 4 Enthaltungen die Nein-Parole. Die Nationale Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Kantonalparteien und Vereinigungen (NKPP) der Mitte Schweiz hat am 12. Juni 2025 die Initiative einstimmig abgelehnt.

¹ Gutachten von Prof. Marius Brülhart, Uni Lausanne, im Auftrag der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV).

² Schätzungen der ESTV, basierend auf dem Gutachten von Prof. Marius Brülhart, Uni Lausanne, sowie einer Datenerhebung bei den Kantonen.